



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Voigt, Julius: Zur Frage der deutschen Einheitsschule

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Dieser eine Gesichtspunkt ist von so durchschlagender Bedeutung, daß er allein einen erneuten Versuch, dem Mittellandkanal zum Leben zu verhelfen, wahrscheinlich bereits den Sieg sichern würde. Aber auch sonst drängt alles geradezu dahin, das Kaiserwort vom August 1899 über den Mittellandkanal wahr zu machen: „Gebaut wird er doch!“ Wenn der Kanal erst vom Rhein bis Hannover in Betrieb ist, wird man wohl jeden Monat bereuen, den die Inangriffnahme der Verlängerung bis zur Elbe auf sich warten läßt, und es kann wohl gar keinem Zweifel unterliegen, daß das in den Kanaldebatten des Jahres 1905 im Parlament gefallene drastische Wort sich nach der Fertigstellung des Rhein-Hannover-Kanals überraschend schnell bewahrheiten wird: „Bauen Sie in Gottes Namen den Kanal nur bis Hannover, ich tröste mich damit, daß diese Dummheit viel zu groß ist, um nicht schon einige Jahre nach Vollendung dieses Kanals durch seine Fortsetzung bis an die Elbe korrigiert zu werden. Die Regierung denkt sich das gleiche, nur sagt sie es nicht!“



Zur Frage der deutschen Einheitschule

Von Dr. Julius Voigt



Die Leitsätze über die deutsche Einheitschule sind von der deutschen Lehrerversammlung in Kiel in der Form, die ihnen Oberstudienrat Kerschensteiner gegeben hat, einstimmig angenommen worden, und es bleibt nur zu bedauern, daß sich niemand gefunden hat, der darauf gedrungen hätte, diese Leitsätze von den vielen Fremdwörtern, die sich aufdringlich in ihnen breit machen, zu reinigen und ihnen eine Fassung zu geben, welche die Reinheit unserer deutschen Sprache besser bewahrte. Wenige Tage zuvor hatte sich der preußische Kultusminister zu derselben Frage geäußert und unter Zustimmung des überwiegenden Teiles der preußischen Volksvertretung festgestellt, daß an die Einführung der Einheitschule vorläufig nicht zu denken sei.

Schon die Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen läßt uns wiederum erkennen, daß zwar im Geist gar leicht die Gedanken beieinander wohnen, daß aber hart im Raume sich die Sachen stoßen. Daß der Gedanke der Einheitschule hauptsächlich idealen Beweggründen entspringt, daß mit ihm in erster

Linie dem Wohle unseres Volkes gebient, die Fülle der in ihm schlummernden Kräfte zu freiem Wettbewerb losgebunden werden soll, braucht nicht bestritten zu werden. Es fragt sich aber, ob neben den Gründen äußerer, vor allem finanzieller Art, wie sie bei den Beratungen des preußischen Abgeordnetenhauses zur Geltung kamen, nicht auch sehr gewichtige Gründe grundsätzlicher Art gegen die Einheitschule sprechen und ob es denn in der Tat durchaus wünschenswert sei, daß der Gedanke der Einheitschule zur Verwirklichung gelange.

Als die erste Stufe, die zu jenem Ziele führen soll, ist im allgemeinen die Beseitigung der sogenannten Vorschule gedacht. Die Gründe, die man dafür geltend macht, sind wohl bekannt genug. Daß durch die Beseitigung der Vorschule und den Zwang, alle Kinder in die allgemeine Volksschule zu senden, ein großer Fortschritt in der Erziehung der oberen Klassen zu sozialem Empfinden erreicht werde, scheint mir fraglich. Wenigstens hat man bisher noch nichts davon gehört, daß in Städten ohne Vorschulen das soziale Verständnis besser entwickelt wäre und sich lebhafter betätigte als in solchen, wo diese Einrichtung besteht. Wenn sich ein Nutzen in der erwähnten Richtung ergibt, so liegt er jedenfalls mehr auf seiten der Eltern, die bei dieser Gelegenheit an die Zusammengehörigkeit mit den anderen Volksschichten erinnert werden, als auf seiten der Kinder, für die bis zum Alter von zehn Jahren, wo sie die Volksschule verlassen, eine soziale Frage, dem Himmel sei Dank, im allgemeinen gar nicht gibt.

Wenn nun aber im Kampf gegen die Vorschule gerade dieser Punkt be- ständig angeführt wird, so ist man wohl berechtigt, einmal die Frage aufzuwerfen, wie man dazu kommt, eine Angelegenheit, die in erster Linie schul- technischer Art ist, nach Gesichtspunkten zu entscheiden, die in das Gebiet der Sozialpolitik gehören und mit dem Wesen der Schule an sich nichts zu tun haben. Gewiß ist es höchst erfreulich, wenn sich eine Nebenwirkung sozialen Charakters wie die oben erwähnte als ungezwungene Begleiterscheinung von selbst ergibt. Für die Frage aber, welche Schule ein Kind am besten besucht, darf nur die Erwägung ausschlaggebend sein, auf welcher Schule das Kind am leichtesten und sichersten die erforderlichen Kenntnisse erwirbt, und es muß entschieden dagegen Einspruch erhoben werden, daß man versucht, diesen Kern- punkt durch Rücksichten anderer Art, die mit dem Wesen der Sache im Grunde nichts zu tun haben, in den Hintergrund zu drängen. Da nun auf der Vor- schule die Vorbereitung auf den Besuch der höheren Schule sicherer und in kürzerer Zeit erreicht wird als auf der Volksschule — daß dies der Fall ist, werden auch die Anhänger der Einheitschule nicht bestreiten —, so ist damit auch die Daseinsberechtigung für die Vorschule erwiesen. Sollten also die An- hänger der Einheitschule die gesetzliche Abschaffung der öffentlichen Vorschulen durchsetzen, so würde damit nur erreicht werden, daß sich mit demselben Augen- blick ebensoviele oder mehr private Anstalten dieser Art aufstäten. Das Schul- geld dieser würde wahrscheinlich niedriger, ihr Besuch stärker werden, und daß

unter solchen Umständen irgend etwas gebessert wäre, dürfte niemand behaupten. Dann bliebe nur das eine Mittel übrig: die Gesetzgebung auch gegen die privaten Vorschulen aufzubieten. Das aber stünde — genau so wie im Grunde bereits das Vorgehen gegen die öffentlichen Vorschulen — mit dem gerade von den Anhängern der Einheitschule vertretenen Grundsatz der Erziehungsfreiheit im Widerspruch, wonach die Staatsgemeinschaft private Schuleinrichtungen außerhalb der allgemeinen öffentlichen Schule zu genehmigen hat, „a) solange oder soweit die privaten Erziehungsabsichten nicht dem Gesamtwohle der Gemeinschaft zuwiderlaufen, b) soweit die privaten Erziehungseinrichtungen mindestens das gleiche leisten, wie die öffentlichen, c) solange die Mitglieder keine öffentlichen Mittel für ihre nicht allen gleichmäßig zugänglichen Einrichtungen verlangen.“ Es bleibt somit abzuwarten, wie die Anhänger der Einheitschule ihren Kampf gegen die Vorschule weiter führen wollen, ohne gegen ihre eigenen Grundsätze zu verstößen und ohne ihre Haltung lediglich vom Standpunkt der Volksschule aus zu begründen.

Wenn nun die Freunde der Einheitschule in folgerichtiger Entwicklung ihres Gedankens fordern, daß jedem mittellosen Begabten durch Schulgelderlaß und Erziehungsbeihilfen die Möglichkeit geboten werde, sich eine höhere Bildung anzueignen (Kerschsteiner, Zeitsatz 6), so klingt dies gewiß sehr schön und bestechend; denn wer sollte sich nicht freuen, wenn er dazu verhelfen könnte, wohlbegabten fleißigen Schülern den Weg zur Höhe freizugeben! Und doch erheben sich auch hier wieder die schwersten Bedenken. Es ist genügend bekannt, wie gerade die höheren Berufe die längste Vorbereitungszeit erfordern und wie der studierte Mann kaum mit dreißig Jahren hoffen darf, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Schon den Familien des sogenannten guten Mittelstandes wird es schwer genug, einen Sohn oder gar mehrere durch das Studium hindurchzubringen. Wovon will nun der mittellose Begabte die Kosten der Studienjahre bestreiten? Denn die erwähnten Erziehungsbeihilfen können sich doch nur auf die Dauer der eigentlichen Schulzeit erstrecken. Andererseits, einem jungen Menschen bis zur Pforte der Universität durchzuhelfen und dann ihn mittellos sich selbst zu überlassen, das ist doch weit grausamer, als ihn gar nicht erst auf den Weg zur höheren Bildung zu führen. Mir selbst ist es geschehen, daß eine Mutter, deren Sohn durch Freistellen und durch Erziehungsbeihilfen freundlicher Gönner durch die Schule gebracht worden war, kurz vor der Prüfung zu mir kam und mich vorwurfsvoll fragte: „Und was nun?“ Sollen also Freischule und Beihilfen nicht geradezu zur Grausamkeit werden, so müssen sie dem mittellosen Begabten bis zur Erlangung einer wirtschaftlich ausreichenden Stellung weiter gewährt werden. Welche Belastung der öffentlichen Mittel dadurch bedingt werden würde, entzieht sich meiner Schätzung, dürfte aber nicht unerheblich sein.

Nehmen wir aber an, die erforderlichen Mittel würden aufgebracht, welche Folgerung, ergäbe sich nun für die Volksschulen? Wie bisher würden die meisten

Kinder der sogenannten besseren Familien die Volksschule mit dem zehnten Jahre verlassen, um auf die höhere Schule überzugehen; ihnen schlossen sich jetzt aber die meisten, wenn nicht alle begabten Schüler an, die bisher wegen Mittellosigkeit der Eltern auf der Volksschule verblieben waren, und es stellt sich in erhöhtem Maße ein, was man jetzt gegen die Volksschule einwendet, daß nämlich nicht nur die Kinder der gesellschaftlich besser gestellten Kreise, sondern fast alle begabten Kinder der Volksschule verloren gehen, daß diese geistig verödet, zu einer Lehranstalt zweiten Ranges herabsinkt und unter den zurückbleibenden Schülern die Unzufriedenheit weit größer wird, als sie bisher gewesen ist.

Im Anschluß hieran kann man wohl noch eine andere bedeutsame Frage aufwerfen. Ist es in der That gut, wenn solche Kinder aus den Verhältnissen, in denen sie geboren und aufgewachsen sind, herausgerissen und wurzellos gemacht werden? Wenn sie sich der eigenen Familie entfremden und doch in den Kreisen, für die sie herangebildet werden, kaum die volle Gleichberechtigung erlangen? Denn solange wir nun einmal unsere jetzige Gesellschaftsordnung mit ihren übereinander gelagerten Schichten haben, wird ein so weiter Sprung, wie ihn für manches Kind die Erziehung zum höheren Beruf bedeutet, von dem Aufsteigenden aus mancherlei Gründen, nicht nur äußerer Art, fast immer mit zahlreichen schweren Enttäuschungen erkaufte werden.

Ist es ferner gut, wenn alle Begabung nur den höheren Berufen zugeführt, den mittleren und unteren aber entzogen wird? Wir beklagen, daß jetzt alles den höheren Berufen, möglichst der Beamtenlaufbahn, zudrängt; wir bemühen uns, den Handwerker- wie den ganzen Mittelstand und die Arbeiter nach Möglichkeit zu heben. Geschieht dies nun wirklich, handeln wir tatsächlich im wohlverstandenen Interesse dieser Stände, wenn wir ihnen diejenigen nehmen, die kraft ihrer besseren Veranlagung zur Führerschaft und zur Mitarbeit an der Hebung ihres Standes berufen wären, wenn wir diesen Kreisen nur die stumpfe Masse übrig lassen? Mir will es vielmehr im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Hebung aller Schichten unseres Volkes durchaus ratsam erscheinen, daß wie bisher einem jeden Stande der ihm angemessene und zugehörige Teil von höherer Begabung verbleibe, als der Sauerteig, der die ganze Masse durchdringt, als das Salz, welches das Brot erst schmackhaft macht. Viel wichtiger als die Einführung der Einheitschule dünkt mir deshalb die Förderung solcher Anstalten, durch welche dem Mittelstand wie der Arbeiterbevölkerung eine tüchtige Berufsausbildung vermittelt wird, der sich zur Hebung der Gesamtpersönlichkeit zweckmäßig noch weiterer Unterricht in den allgemein bildenden Fächern anschließt. Volksbibliotheken, geeignete volkstümliche Vorträge, Theateraufführungen usw., deren Einrichtung eine Ehrenpflicht der Gemeinden, der gemeinnützigen Vereine und der wohlhabenden Gebildeten wäre, hätten der Weiterbildung der Erwachsenen zu dienen. Solche Anstalten und Veranstaltungen sind bereits an zahlreichen Orten vorhanden; ihre tatkräftige Förderung wäre

das beste Mittel, dafür zu sorgen, daß auch die unteren und mittleren Klassen der Bevölkerung über das Alltagsleben hinausgehoben würden und Teil an dem geistigen Leben unseres Volkes, an den Fortschritten der menschlichen Kultur gewännen, ohne daß sie darum aus den ihnen vertrauten und angemessenen Kreisen herausgerissen würden, wie dies bei der Einführung der Einheitschule mit den sich daraus ergebenden Folgerungen zu befürchten stände.

Belassen wir es deshalb ruhig bei der jetzigen Gestaltung unseres deutschen Schulwesens, welches sich in den Grundzügen durchaus bewährt hat, wenn es auch wie alles Menschenwerk im einzelnen der Verbesserung fähig und bedürftig ist! Belassen wir es auch bei der besonderen Stellung der höheren Schulen, die nach der Zusammensetzung ihres Schülmaterials viel weniger Standeschulen sind, als die Anhänger der Einheitschule Wort haben wollen! Bleiben sich aber anderseits alle diejenigen, denen der Weg über die höhere Schule zur Universität offen steht, allezeit bewußt, daß ihre höhere Bildung nicht ein Vorrecht bedeutet, welches ihnen erlaubt, verächtlich auf die anderen herabzusehen, sondern einen Vorzug, den sie sich durch erhöhte eigene Leistung und durch freudige Arbeit zum Wohle des Ganzen stets wieder von neuem zu verdienen haben! Wollen wir aber durchaus die Einheitschule haben, so besitzen wir sie ja bereits, wenigstens für den größeren Teil unserer männlichen Jugend, in unserem deutschen Heere. Denn in ihm ist der Kern des dem Plan der deutschen Einheitschule zugrunde liegenden gesunden Gedankens nebst allen den sozialen Nebenwirkungen, die man von ihr erhofft, auf einer viel geeigneteren Altersstufe und in einer viel wirksameren Form, als es in der deutschen Einheitschule geschehen könnte, bereits verwirklicht.

